

Verträge einerseits eine baldige Herstellung der deutschen Einheit nicht zu erwarten, andererseits aber die Bundesrepublik eine politische Wirklichkeit sei, die man nicht übersehen könne. Vom Besuch des Bundeskanzlers verspreche man sich in Moskau eine vernünftige Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen.

Vielleicht werde auch die Frage der Wiedervereinigung angeschnitten werden; ihre Lösung durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau allein sei jedoch ausgeschlossen, unter anderem auch deswegen, weil Konrad Adenauer nicht verbindlich für Gesamtdeutschland sprechen könne.

Angesichts dieser Aussichten und ungeachtet der Bonner Reisevorbereitungen wird der kanzlertreue „Rheinische Merkur“ nicht müde, vor einer Moskau-Reise Konrad Adenauers zu warnen: „Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß es für eine Kanzler-Reise zum Kreml keine realistischen Voraussetzungen gibt... Ein Kanzler, der aus Moskau die ‚Herstellung diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen‘ und sonst nichts mitbringt, ist in einer wesentlich schlechteren Position als ein Kanzler, der gar nicht nach Moskau gefahren ist.“

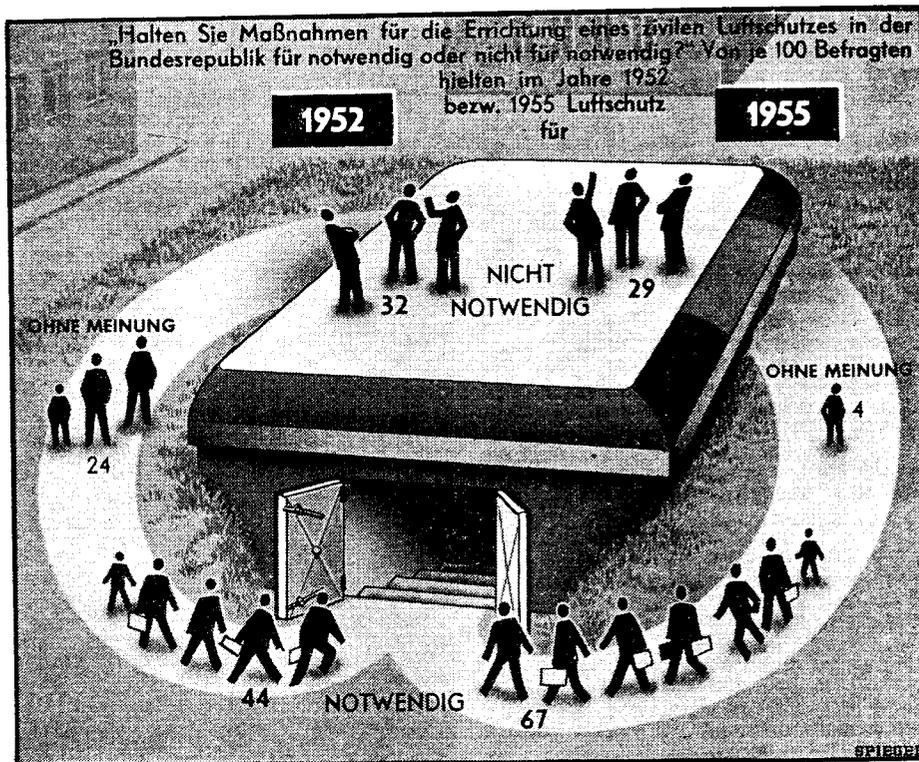
Die Sozialdemokratie möchte nicht auch noch in diese vom „Rheinischen Merkur“ befürchtete Situation kommen und hat deshalb abgelehnt, sich an der Reise zu beteiligen: „Der Kanzler legt Wert darauf, ausschließlich seine Politik der Pariser Verträge und der westdeutschen Aufrüstung zu vertreten... Unter diesen Umständen wäre eine Beteiligung der SPD... zwecklos.“

In der Frankfurter Zweiwochenschrift „Die Gegenwart“ sieht einer der Herausgeber des Blattes, der Kieler Professor Michael Freund, die Lage so: „Der Westen und Westdeutschland haben — was die deutsche Frage anbelangt — in einem Narrenparadies gelebt. Von Genf aus empfindet man rückblickend, wie wenig reell der Westen bisher über die deutsche Wiedervereinigung verhandelt hat.“

„Wahrscheinlich war die Wiedervereinigung nie in Reichweite, weil der sowjetische Preis dafür immer zu hoch war. Aber der Kreml mußte sich doch irgendwie nahezu verhöhnt vorkommen, wenn man von ihm — fast ohne Gegenleistung — freie Wahlen in Deutschland verlangte oder die Zustimmung zu einem mit dem Westen verbündeten Gesamtdeutschland. Die Sowjets fürchteten sich daher keineswegs, ein kaltes Nein zur deutschen Wiedervereinigung zu sagen... So schlossen sie 1939 den Pakt mit Hitler...“

Der Pressechef des sowjetischen Außenministeriums, Iljitschow, kündigte in der vergangenen Woche an, seine Regierung prüfe zur Zeit, ob nicht die sowjetische Zensur für Berichte von Auslandskorrespondenten aus der Sowjet-Union aufgehoben werden solle. Gleichzeitig wurde die Prozedur, mit der Visa für Moskau zu bekommen sind, wesentlich vereinfacht. Konrad Adenauer wird also in Moskau von Schwärmen von Journalisten umgeben sein, die unzensuriert in alle Welt kabeln werden: Vieles könnte der Gast aus Bonn von seinen sowjetischen Gastgebern haben, wenn er nur auf die Pariser Verträge und die westdeutsche Aufrüstung verzichten würde.

Da in Moskau Unterhaltungen zwischen deutschen Korrespondenten und dem fließend Deutsch sprechenden Sowjetpremier Bulganin unvermeidlich sein werden, halten es die Diplomaten des Auswärtigen Amtes für absolut notwendig, für einen mehr am Rande liegenden Punkt rechtzeitig eine gemeinsame deutsch-sowjetische Sprachregelung zu finden: Es handelt sich um Konrad Adenauers irrtümliche Behauptung,



WEGEN DER BUNDESTAGSWAHLEN 1957

hat das Luftschutzgesetz, das jetzt im Bundesinnenministerium kabinettstreu gemacht worden ist, wenig Chancen, unverändert in Kraft zu treten. Die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen erfordern bis 1958 rund 1,2 Milliarden Mark. Da die Bundestagswahlen jedoch in die Laufzeit des Luftschutzprogramms fallen, wollen Koalition und Opposition weit höhere Summen zum Schutz der Zivilbevölkerung, die immer deutlicher nach Luftschutzmaßnahmen verlangt, fordern (Graphik: nach Umfragen des Instituts für Meinungsforschung, der Emnid K. G., Bielefeld, bei einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt des Bundesgebiets).

er sei aus seinen Oberbürgermeister-tagen ein alter Bekannter Bulganins. Botschafter von Maltzan in Paris soll am Rande seiner Programmgespräche mit seinem sowjetischen Kollegen Winogradow versuchen, eine gemeinsame Version zu finden, die den Kanzler nicht bloßstellt.



Moskau-Quartiermacher von Tschirsky Soll der Kanzler überhaupt reisen?

Ob der persönliche Kanzlerreferent, Regierungsdirektor Hans Kilb, mit nach Moskau fahren soll, steht noch nicht fest. Er hat sich nicht nur durch die Auswahl des regnerischen und weglosen Kurortes Mürren als Kanzler-Ferienlager den Unwillen seines Chefs zugezogen, sondern er ist auch Träger des im Kriege gegen die Sowjet-Union erworbenen Infanterie-Sturmabzeichens in Silber.

Beim Staatsbesuch in der antibolschewistischen Türkei war Kilb zum Erstaunen der Anwesenden im Schmucke dieser Auszeichnung mit dem Bemerken erschienen, die Türken wollten Kerle sehen, und nur wer das Weiße im Auge des Feindes erblickt habe, imponiere dieser kämpferischen Nation.

In Moskau indessen, so meint man, könnte soviel zur Schau getragener männlicher Mut des Kanzlerreferenten mißverstanden werden.

PROPAGANDA

Es hat sich nichts geändert

Der Ministerialrat Freiherr von Dellingshausen im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in Bonn griff zum Hörer seines Telefons und hörte die Stimme des Herausgebers der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, Karl Marx, aus Düsseldorf.

Marx: „Herr Ministerialrat, ich hatte im Vorzimmer des Herrn Ministers darum gebeten, mir die Möglichkeit einer Unterhaltung mit Herrn Minister Kaiser zu geben und wurde nun mit Ihnen ver-

bunden. Es handelt sich um eine sehr ernste Angelegenheit.“

Dellingshausen: „Um was handelt es sich?“

Marx: „Dr. Eberhard Taubert ist die Seele des Volksbundes für Frieden und Freiheit. Es ist mir bekannt, daß dieser Volksbund erhebliche Subventionen vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen erhält. Wissen Sie, daß Taubert in der Nazizeit antisemitische Artikel geschrieben hat, die so ziemlich zu den schlimmsten Dingen gehören, die mir vorgelegt worden sind?“

Das war der Anfang eines Telephongesprächs, das am 1. Juli 1955 um 10.30 Uhr vormittags geführt wurde. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte der Ministerialrat aus dem Kaiser-Ministerium so ungewöhnliche Meinungen, daß dieses Telephonat schließlich eine Entwicklung auslöste, die zu verhindern eigentlich der Sinn des Gesprächs gewesen war.

Spitzname Dr. Anti

Der Dr. Eberhard Taubert, von dem gleich am Anfang des Telephonats die Rede war, residiert in einem villenähnlichen Neubau in der Bonner Schaumburg-Lippe-Straße 2, der für den „Volksbund für Frieden und Freiheit“ errichtet wurde, und macht dort als zweiter Vorsitzender dieser Organisation ziemlich das gleiche, was er schon während des Dritten Reiches in Berlin gemacht hat: antikommunistische Propaganda. „Es hat sich doch überhaupt nicht geändert“, berlinert Taubert.

1937 zum Beispiel hatte er geschrieben:

„... Ebenso wie die Drahtzieher dieses Vernichtungsfeldzuges den Frieden bewußt und planmäßig bekämpfen, tut es die große Meute jener kleinen Juden und Bolschewisten in aller Welt, der zersetzten und halbzersetzten, der bolschewisierten und halb bolschewisierten Intellektuellen, die als getarnter Vortrupp Moskaus arbeiten...“

1939 hatte Taubert sich dann wieder zu ähnlichen Auffassungen bekannt: „Zur Erkenntnis des Wesens der bolschewistischen Gefahr ist die Einsicht unentbehrlich, daß der Bolschewismus Werk und Waffe des Judentums ist...“

„So sehen wir denn in aller Welt das, was wir in Deutschland erlebten: Wo Kommunismus ist, da ist das Judentum, und wäre nicht das Judentum, so gäbe es auch keinen Kommunismus. Überall in der Welt ist der Jude das ‚wirksame Ferment der nationalen Dekomposition‘. So ist denn auch die Weltgefahr des Kommunismus im Grunde eine Gefahr des Weltjudentums. Die jüdische Herrschicht ... strebt danach, ihre Macht mittels der Weltrevolution auf den gesamten Erdball auszu dehnen...“

„Der Führer hat das getan, was noch keiner vor ihm gewagt hat: Er hat dem jüdischen Weltfeind den Fehdehandschuh hingeworfen und wird diesen Kampf kompromißlos bis zum siegreichen Ende durchkämpfen.“

Tauberts Publikationen dieser Art sind außerordentlich zahlreich. Wenn auch der Führer den Kampf nicht bis zum siegreichen Ende durchkämpfen konnte, für Tauberts unbezweifelbare Begabung auf seinem Fachgebiet, die ihm schon im Dritten Reich den Spitznamen „Dr. Anti“ eingebracht hatte, fand sich bald nach dem Kriege ein dankbares Tätigkeitsfeld, eben jener „Volksbund“ (SPIEGEL 42/1950). Auch daß Taubert ehrenamtlicher Beisitzer des berühmtesten Volksgerichtshofes war, tat seiner Eignung keinen Abbruch.

Taubert hat heute handliche Erklärungen für seine antisemitischen Ergüsse während des Dritten Reiches: „Hitlers fixe Idee war es ja doch, daß in der anti-

kommunistischen Propaganda der antisemitische Akzent nicht fehlen durfte. Als diese Artikel geschrieben wurden, war Hitlers Interesse noch nicht durch Aufgaben der Kriegführung absorbiert. Es wäre unrealistisch, zu glauben, ein Sachbearbeiter des Propagandaministeriums hätte es sich leisten können, unter den Augen des Diktators wider den Stachel zu löcken und gegen seine Befehle zu verstoßen.“

Und was den Volksgerichtshof angeht: „Ich bin von der Gründung des Propagandaministeriums an für die propagandistische Bekämpfung des Kommunismus zuständig gewesen. Die KPD war damals völlig illegal. Es bestand die Gefahr, daß



Anti-Propagandist Taubert
„Es gibt in Bonn sehr viele Leute...“

man mit diesem im dunkeln kämpfenden Gegner die Tuchfühlung verlor, seine Mentalität verkannte und mit psychologisch falschen Argumenten arbeitete. Das Propagandaministerium beorderte mich deshalb zum Beisitzer in Hoch- und Landesverratsprozessen gegen Kommunisten, damit ich dem Gegner Auge in Auge gegenüberstand und mit seiner Mentalität vertraut blieb.“

Das waren Argumente, die denen einleuchteten, die dem Taubert in Bonn wieder die Möglichkeit gaben, sein Handwerk auszuüben. Der Tenor der Taubertschen Propaganda hat sich allerdings insofern geändert, als der seinerzeit so strapazierte Hinweis auf die jüdische Wurzel allen Übels dieser Welt heute völlig fehlt. Spenden für Tauberts „Volksbund“ sind heute steuerlich abzugsfähig.

Als dem Herausgeber Karl Marx von der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ an Hand alter Taubert-Publikationen klar wurde, wes Geistes Kind dieser Mann im Dritten Reich gewesen war, konnte er sich nicht vorstellen, daß die Bundesregierung von der

anrühigen Vergangenheit des Dr. Eberhard Taubert wisse, ihn aber gleichwohl gewähren lasse. So veröffentlichte Marx das Material über Tauberts Vergangenheit nicht, sondern rief am 1. Juli 1955 um 10.30 Uhr vormittags im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen an, um Jakob Kaisers Haus über Tauberts Vergangenheit aufzuklären.

Olle Kamellen

Marx bekam also den Ministerialrat von Dellingshausen an den Apparat, den er fragte, ob er Tauberts antisemitische Artikel kenne. Der Ministerialrat antwortete: „In dieser Zeit mußte man viel schreiben, man konnte sich nicht dagegen wehren.“

Und dann ging das Gespräch weiter:

Marx: „Wissen Sie, daß Taubert auch an einer Reihe von Sitzungen des Volksgerichtshofes des Herrn Freisler teilgenommen hat?“

Dellingshausen: „Das ist eine olle Kamelle. Die Sache wurde seinerzeit vom Amt für Verfassungsschutz geprüft, und man gab sich mit einer Erklärung Tauberts, er habe nur gelegentlich als Beisitzer fungiert, und zwar nur in Fällen, in denen leichte Strafen verhängt wurden, zufrieden. Diese Angelegenheit ist erledigt.“

Marx: „Sie wissen auch, daß Taubert in einer gehobenen Position im Reichspropagandaministerium tätig war?“

Dellingshausen: „Ja, auch das ist hier bekannt.“

Marx: „Soweit ich gehört habe, hat Taubert auch bei Urteilen mitgewirkt, bei denen Todesstrafen verhängt wurden. Abgesehen aber davon scheint mir, daß die Teilnahme an Sitzungen des Volksgerichtshofes schon eine erhebliche Belastung darstellt.“

Dellingshausen: „Ich sagte Ihnen ja, daß diese Angelegenheit als erledigt betrachtet werden muß, nachdem man sich mit seinen Erklärungen begnügt hat.“

Marx: „Herr Ministerialrat, Zweck meines Anrufes war es, den Herrn Minister, dessen politische Einstellung ich ja sehr gut kenne und von dem ich weiß, daß er diese Dinge ebenso ernst nimmt wie ich, zu fragen, ob er gegenüber Taubert, wenn ich nun noch als weitere Belastungsmomente die mir vorliegenden Photokopien seiner antisemitischen Artikel vorlege, die nötigen Konsequenzen ziehen würde.“

„Ich möchte also die Frage so formulieren: Glauben Sie, daß Ihr Ministerium gegenüber Eberhard Taubert, der zumindest zu der ideologischen Vorbereitung zum Massenmord beigetragen hat, die notwendigen Konsequenzen ziehen wird? Wenn Sie meine Zeitung kennen, dann wissen Sie, daß ich sie in den Dienst der Bundesrepublik gestellt habe und alles tue, um zu verhindern, daß das Ansehen der Bundesrepublik oder eines ihrer Ministerien im Ausland geschädigt wird. Das ist der Grund meines Anrufes. Ich suche keine Sensationen und bin glücklich, wenn derartige Dinge, ohne die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, aus der Welt geschafft werden.“

Dellingshausen: „Ich kann Ihnen erklären, daß das Ministerium Taubert gegenüber keine derartigen Konsequenzen ziehen wird; denn Taubert ist ein Mann, den wir brauchen, und er ist auch unentbehrlich.“

Marx: „... Ein derartiger Nazi kann doch nicht tragbar sein für die Bundesrepublik.“

Dellingshausen: „Es gibt bei den Bundesministerien viel größere Nazis, die ich Ihnen nennen könnte. Taubert hat Erfah-

STREITKRÄFTE

rungen, und wir können ihn — wie gesagt — nicht entbehren. Aber schicken Sie mir doch mal die Unterlagen ein, ich werde sie dann prüfen und Stellung nehmen.“

Marx: „Dazu kann ich mich in diesem Augenblick nicht bereit finden. Ich habe von Ihren Erklärungen Kenntnis genommen und werde jetzt zu prüfen haben, was ich tun muß. Nach Ihren Antworten werde ich mich bedauerlicherweise doch entschließen müssen, die Angelegenheit in meiner Zeitung zu behandeln.“

Dellingshausen: „Da kann ich Sie nur warnen. Sie würden viel Porzellan zertrampeln und letzten Endes doch nichts erreichen. Man würde Sie einreihen in die Gruppe derjenigen Journalisten, die in letzter Zeit, wie zum Beispiel Herr Zehrer*, für den Kommunismus eintreten und unseren antibolschewistischen Kampf damit unterbinden. Ich habe in der Ostzone meine persönlichen Erfahrungen gemacht und weiß, daß alle diese Leute lügen, daß man ihnen nichts, auch nicht ihren jetzigen Versprechungen, glauben kann.“

Marx: „Das heißt also Kollektiv-Verurteilung, das heißt zum Heißen Krieg hintreiben.“

Dellingshausen: „Eine andere Sprache verstehen diese Leute nicht, aber ich kann Ihnen nur wiederholen, daß Sie viel Porzellan zertrampeln würden und von Ihren Lesern so verstanden werden würden, wie ich Ihnen das eben gesagt habe.“

Marx: „Ich glaube, daß man von mir in der Öffentlichkeit zur Genüge weiß, in welcher Weise ich gegen den Kommunismus gearbeitet habe und daß ich zu denen gehöre, auf deren Kopf man nach dem Kriege die erste Prämie ausgesetzt hat.“

Dellingshausen: „Trotzdem würde man eine Veröffentlichung so deuten.“

Marx: „Ich danke Ihnen sehr.“

Wer sind „andere Stellen“?

Fünf Stunden waren seit diesem Telefonat vergangen, da rief der Ministerialrat von Dellingshausen bei Herausgeber Marx an:

„Herr Marx, Herr Minister Kaiser hat mich um Vortrag über die Unterhaltung gebeten, die ich heute mit Ihnen geführt habe. Nachdem ich dem Minister Bericht erstattet hatte, erklärte er mir, daß er in einigen Dingen nicht mit meinen Ausführungen einverstanden sei, und ich habe mich zum Teil davon überzeugen lassen.“

„Ich möchte aber ein Mißverständnis klarstellen. Man erzählt sich hier in Bonn, ich hätte Ihnen in meinem heutigen Telefongespräch gesagt, daß Sie in den Ruf kämen, Kommunist zu sein, wenn Sie die Angelegenheit Taubert veröffentlichen würden. Das habe ich nicht gesagt.“

Marx: „Sie sagten mir, Herr von Dellingshausen, daß, wenn ich die Sache in meiner Zeitung übernehme, ich viel Porzellan zertrampeln würde und zumindest in den Geruch käme, daß ich gegen den anti-kommunistischen Kampf in der Bundesrepublik sei. daß meine Leser zweifellos denselben Eindruck haben würden, den man heute von verschiedenen Redakteuren großer Tageszeitungen hat, nämlich den, daß sie plötzlich prokommunistisch seien. Ich habe das Memorandum von heute früh nicht zur Hand, aber das war wohl der Sinn Ihrer Ausführungen, in denen Sie noch hinzufügten, daß Sie glaubten, daß Ihr Ministerium gegenüber einem Mann, der zumindest ideologisch bei der Vorbereitung des Massenmordes mitgewirkt hat, keine Konsequenzen ziehen würde.“

* Hans Zehrer, Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“, reiste nach Moskau und veröffentlichte seine Erlebnisse in der „Welt“ und in einer Broschüre.

Dellingshausen: „Ja, aber ich meinte etwas anderes...“

Marx: „Herr Ministerialrat, es gibt in Bonn sehr viele Leute, die oft etwas anderes sagen, als sie meinen.“

Dellingshausen: „Der Minister wird an Sie herantreten und möchte sich mit Ihnen unterhalten.“

Marx: „Ich danke Ihnen.“

Das Gespräch zwischen Jakob Kaiser und Karl Marx kam drei Tage später zustande, und der Minister versicherte, daß weder er noch sein Pressereferent, Ludwig von Hammerstein, jemals etwas mit Herrn Dr. Taubert zu tun gehabt



Taubert-Gegner Marx
... die etwas anderes sagen, als sie meinen“

hätten; aber dieser Dr. Taubert und vor allem der Ministerialrat von Dellingshausen würden durch „andere Stellen“ der Bundesregierung gestützt.

Jakob Kaiser sagte eine „gründliche Untersuchung“ zu. Aber es vergingen zwei Wochen, ohne daß dem Karl Marx mitgeteilt wurde, die Sache sei intern geregelt worden, und so erschien am 15. Juli dann im Marxschen Blatt ein Taubert-Artikel unter der Überschrift „Teufel oder Beelzebub? Alte Nazis ‚verteidigen‘ die Demokratie.“

Am Montag der vergangenen Woche schließlich unterhielt sich Jakob Kaisers Staatssekretär Franz Thedieck mit Karl Marx.

Aber Thedieck konnte nur sagen, die Untersuchung gegen den Ministerialrat von Dellingshausen wegen seiner telephonischen Äußerungen vor sechs Wochen sei noch nicht abgeschlossen, und auch die Vergangenheit Tauberts werde noch geprüft. Taubert ist immer noch tätig und bietet den Kommunisten willkommenen Vorwand, den ganzen antikommunistischen Kampf der Bundesrepublik in Mißkredit zu bringen.

AUSBILDUNG

Verteidigungsminister Blank wird auf seinen Plan verzichten müssen, die ehemalige nationalsozialistische Schulungsburg Sonthofen als Ausbildungsstätte für sein Offizierskorps zu benutzen. Die Stätte wird nicht nur von den rund 380 Auszubildenden und von zahlreichen Mitgliedern des Lehrkörpers, sondern auch vom Bundeskanzler abgelehnt.

OFFIZIERSKORPS

Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen planen, gemeinsam eine „Gesellschaft für eine freiheitliche Wehrverfassung“ zu gründen, die das „kastenmäßige Eigenleben, vor allem des Offizierskorps der neuen Wehrmacht, verhindern und das Einfügen der Wehrmacht in die Gesellschaft erleichtern“ soll. Man glaubt, dem „Kasinogeist“ in der kommenden Bundeswehr am wirksamsten durch die Nachahmung des Schweizer Vorbildes begegnen zu können, dessen wesentliche Merkmale gute Bezahlung der Offiziere und Beihilfen für deren Motorisierung seien. Den eidgenössischen Offizieren werde die Anschaffung von Motorrädern und Volkswagen ermöglicht, um ihnen in der Mittagspause und nach Dienstschaft den raschen Kontakt mit der Familie zu sichern.

FREMDENLEGIONÄRE

In den Büros alliierter Sicherheitsdienste in Bonn kursieren zur Zeit blauangestrichene, zuverlässige Berichte über die Abwanderung ehemaliger deutscher Fremdenlegionäre in die Sowjetzone. Während im Bundesverteidigungsministerium noch keine Entscheidung darüber gefallen ist, ob entlassene und geflüchtete Legionäre überhaupt in die westdeutschen Streitkräfte aufgenommen werden sollen, werden die gutausgebildeten und harten Kämpfer in der Kasernierten Volkspolizei der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik bevorzugt eingestellt und befördert. Allein im Monat Juni traten den Berichten zufolge etwa 190 Legionäre in den Dienst der als „Volkspolizei“ getarnten Truppe. Pläne des Bundesjustizministeriums, den Eintritt in die Fremdenlegion unter Strafe zu stellen — bisher ist es nur strafbar, Legionäre anzuwerben — sind verworfen worden. Wäre der Eintritt in die Legion strafbar, müßte jeder Legionär, der nach seiner Dienstzeit oder nach einer Flucht in die deutsche Heimat zurückkehrt, damit rechnen, wegen seines Eintritts in die Fremdenlegion nachträglich ins Gefängnis zu kommen.

ZITAT

„Die Zeit der (militärischen) Ausbildung wird eine wahre Mannesschule sein, in der alles darauf angelegt ist, diese jungen Waffenträger seelisch und physisch, geistig und moralisch zu bilden und auch für ihr späteres Leben an Tugenden, wie an Erkenntnissen und Erlebnissen zu bereichern ... In allen Problemen der Lebensauffassung ... kann und soll die Soldatenzeit eine Willensbildung zu erreichen suchen, welche die Voraussetzungen eines glücklichen Familien- und Berufslebens bildet ... Die Soldatenjahre vermitteln eine Lebensform und Lebensreife, die manchen erst eigentlich zum Manne machen.“ (Pfarrer Dr. Ludwig Reinold, Polizeiseelsorger außer Diensten, in dem „mit kirchlicher Druckerlaubnis“ vom Katholischen Schriftendienst, Bödefeld/Sauerland, herausgegebenen „Katholischen Lesbogen“.)